

Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung

Per E-Mail an:

team@nachhaltigestadtentwicklung.berlinSPD LANDESVERBAND BERLIN
Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 BerlinFon: 030 - 4692-222
Fax: 030 - 4692-164
berlin@spd.de
<https://spd.berlin>

Berlin, 14. September 2021

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre ausführliche Stellungnahme und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Wir haben uns ausführlich mit Ihren Forderungen auseinandergesetzt.

Gerne möchten wir Sie einladen, unter spd.berlin/wahlprogramm einen Blick in unser umfassendes Wahlprogramm zu werfen. Die nachfolgende Stellungnahme gibt Ihnen zudem einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD für eine klimaschützende und klimafreundliche Stadt Berlin.

KLIMAFREUNDLICHE STADTENTWICKLUNG

Für Berlin nehmen wir uns in der Klimapolitik ein ehrgeiziges Ziel vor und streben **vollständige Klimaneutralität bis spätestens 2045** an. Um dem Pariser Klimaabkommen und unseren Klimaschutzzielen gerecht zu werden, müssen wir den Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen in Berlin schnellstmöglich um mindestens 70 Prozent bis 2030 reduzieren. Dazu werden wir in der nächsten Legislaturperiode unsere Politik auf folgende Schwerpunkte ausrichten:

Klimaschutz als Querschnittsaufgabe sozial gerecht gestalten. Um dem Pariser Klimaabkommen und unseren Klimaschutzzielen gerecht zu werden, werden wir **alle Politikfelder konsequent auf mehr Klimafreundlichkeit ausrichten**. Bei den anstehenden Veränderungsprozessen muss es sozial gerecht zugehen. Wir brauchen einen **Social-Green-Deal**, um Berlin zu einer sozialen und klimaneutralen Stadt machen. Wir achten darauf, dass Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nicht die Hauptlast des Wandels tragen müssen.

Klimaschutztechnologien als Motor für Innovation und Beschäftigung fördern. Unsere Stadt verfügt über eine Fülle von Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die bei der Lösung der Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende helfen können. Sie bringen den Klimaschutz in Berlin voran, gleichzeitig wächst eine moderne Industrie mit neuen, gut bezahlten Arbeitsplätzen. Diese **Potenziale** wollen wir **stärken**. Wir sehen hier den wichtigsten wirtschafts- und energiepolitischen Handlungsschwerpunkt für die nächsten zehn Jahre: Die **Solarenergie** ist einer der zentralen Bausteine für die klimaneutrale Stadt. Damit wir dieses Ziel sicher erreichen, müssen wir den **in Berlin erzeugten Solarstromanteil auf 25 Prozent** steigern. Daher werden wir gemeinsam mit der

Berliner Wirtschaft und dem Handwerk, den Berliner Stadtwerken und dem Berliner SolarZentrum eine auf Berlin zugeschnittene **Solarkampagne initiieren**, die gezielt **für den Wohngebäudesektor praktikable Lösungen** anbietet. Ein wichtiger Beitrag für ein klimaneutrales Energiesystem ist auch die **Nutzung von Wasserstoff**. In einer **Berliner Wasserstoff-Strategie** werden wir deshalb die Marktreife und Anwendung dieses neuen Energieträgers vorantreiben und in konkreten Projekten erproben, beispielsweise bei landeseigenen Betrieben. Dazu wird auch die Bereitstellung eines allgemein verfügbaren **Wasserstoff-Tankstellennetzes** bei Güterverteilzentren und Betriebshöfen und die Förderung der Wasserstofftechnologie in der Binnenschifffahrt gehören.

Wir wollen eine sozialverträgliche Klima- und Energiewende. Um die Klima- und Energiewende in der Stadt gut und sozial verträglich zu schaffen, brauchen wir leistungsfähige und sichere Infrastrukturen bei Wasser, Energie (Strom, Wärme, Gas), Abfall, Grün, Mobilität, Telekommunikation, die aufeinander abgestimmt betrieben werden müssen. Deshalb werden wir unsere **Rekommunalisierungsbemühungen fortsetzen**, die Infrastrukturen in einem starken Berliner Infrastrukturbetreiber bündeln und die Berliner Stadtwerke zu dem **zentralen Berliner Klimadienstleister** ausbauen. Die auf Initiative der Berliner SPD im Jahr 2014 gegründeten Berliner Stadtwerke nehmen hierbei eine wichtige strategische Funktion ein, die wir in den nächsten Jahren stetig erweitern werden. Dabei sollte der Aufbau von intelligenten Netzen (Smart Grids) schnell vorangetrieben werden. Eine **Schlüsselrolle** auf dem Weg zur **klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2050 spielen die Berliner Wärmenetze und die Stadtwärme**. Deshalb werden wir uns im **Berliner Wärmegesetz** für den Ausbau der Fern- und Nahwärmenetze und die **schrittweise Dekarbonisierung der Stadtwärme mit überprüfbaren Quoten bis 2050 einsetzen**.

Klimaschutz im Quartier bei Neu- und Bestandsbauten gewährleisten. Der Energiebedarf der Berliner Gebäude ist aktuell für rund 40 Prozent der klimarelevanten Emissionen in Berlin verantwortlich. Hier liegt deshalb einer der Schwerpunkte unserer Klimapolitik für Berlin. Wir wollen, dass **neue Stadtquartiere künftig ihren Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität leisten**. Der weitaus größte Teil unserer Stadt besteht jedoch aus Bestandsgebäuden. Viele müssen deutlich energieeffizienter werden. Um Kosten zu sparen, setzen wir möglichst auf **serielle, standardisierte Sanierungen**. Durch eine **Energieberatungsoffensive** sowie zusätzliche Landesförderprogramme wollen wir die Sanierungsrate im Gebäudebestand systematisch erhöhen.

Emissionsfreie Wirtschaftsverkehr. Auch den **Wirtschaftsverkehr** werden wir mit intelligenten Lösungsansätzen wie dem emissionsarmen Transport von Waren über Verteilerpunkte oder der **Förderung von emissionsfreien Kleintransportern** klimafreundlich weiterentwickeln. Außerdem setzen wir uns bei den Wirtschaftsverkehren für die **Elektrifizierung der Schienenwege** nach Berlin, attraktive Wasserstraßen und nachhaltige Antriebe samt Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur ein.

Eine Verkehrswende für Berlin. Wesentlicher Bestandteil des Klimaschutzes ist die Verkehrswende. Mit einem Mix aus E-Mobilität, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und Stärkung des Rad- und Fußverkehrs schaffen wir die nötige Mobilitätswende, die sich durch eine **gerechtere Flächenverteilung** auszeichnet. Um eine gerechte Verteilung der Verkehrsflächen in Berlin zu gewährleisten, müssen wir dem **Bedarf nach Rad- und Fußgängerverkehr gerecht werden** und **Alternativen zum eigenen Kraftfahrzeug gezielt stärken**. Wir wollen so den Umstieg erleichtern und attraktive Angebote bieten. Unser Ziel: Ein starker Umweltverbund, bestehend aus Radverkehr, Fußverkehr und einem Öffentlichen Personennahverkehr mit verbesserten Anbindungen insbesondere der Außenbezirke und attraktiveren Taktzeiten. Dabei steht für uns die Soziale Frage im Mittelpunkt. **Niemand darf von Mobilität ausgeschlossen werden**. Wir streben deshalb die Einführung

des **365-Euro-Tickets** an, um so für alle Berliner:innen ein kostengünstiges Angebot zur Nutzung von Bus und Bahn zu schaffen.

Integrierte und intelligente öffentliche Daseinsvorsorge für Berlin. Der Bedarf an koordinierten, effizienten und zukunftsfähigen Konzepten der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in den vergangenen Jahren in Berlin erheblich gewachsen. Den Versorgungsunternehmen kommt hierbei eine wesentliche Rolle zu: Sie ermöglichen ein gerechtes, gesichertes und hochwertiges Angebot (Preisgestaltung und Versorgungssicherheit) an gemeinwohlorientierten Leistungen für Unternehmen und Bürger:innen in Berlin. Wir wollen deshalb, dass die öffentlichen Unternehmen aktiv und kooperativ politische und gesellschaftliche Ziele unterstützen, so etwa bei der ganzheitlichen Planung neuer Stadtteile (bspw. Wärmeversorgung), dem Ausbau des Verkehrsnetzes sowie bei den Herausforderungen des Klimawandels für unsere Stadt. In vielen dieser Politikfelder hat die Berliner SPD bereits integrierte Ansätze eingeführt, um **Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge optimal für eine enge und koordinierte Zusammenarbeit** aufzustellen. So fördern wir beispielsweise bei **Solar- und anderen Energieprojekten** die enge Kooperation zwischen den Berliner Stadtwerken und den Berliner Wohnungsbaugesellschaften. Nur ein enges Zusammenspiel der Akteure und eine noch stärkere Verzahnung des Netzbetriebs wird eine nachhaltige, klimafreundliche und intelligente öffentliche Daseinsvorsorge ermöglichen. Dazu werden wir unsere Anstrengungen zur Digitalisierung im Rahmen der Smart City Berlin auch im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter verstärken und setzen dabei auch auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Brandenburg.

VERSORGUNG MIT GRÜNINFRASTRUKTUR / BAUMSCHUTZ

Auswirkungen des Klimawandels sind immer häufiger auch in Berlin zu spüren: langanhaltende Hitzeperioden, heftige Starkregen und Stürme, vertrocknende Wälder und eine drohende Wasserknappheit. Auch hier werden wir handeln. Die steigende Flächenknappheit darf deshalb nicht einseitig zulasten des Stadtgrüns gehen. **Grünanlagen sind ein Pfeiler der Umweltgerechtigkeit.** Sie tragen zu einem guten Stadtklima bei, nehmen Regenwasser auf und leisten einen Beitrag zur Artenvielfalt in Berlin. Besonders Menschen mit einem geringen sozialen Statusindex sind überproportional häufig von negativen Umweltfaktoren wie verschmutzter Luft, hoher Lärmbelastung, geringer Verfügbarkeit von wohnortnahen Grünflächen und einem schlechten Bioklima betroffen. Es ist uns ein dringendes Anliegen, dem entgegenzuwirken. Wir werden z.B. einen „**Baumwasserdienst**“ einrichten, der die bezirklichen Grünflächenämter in die Lage versetzt, die Bewässerung der Stadtbäume im Sommer durchzuführen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass **Naturschutzbehörden und Grünflächenämter eine feste Personalausstattung mit den entsprechenden Sachmitteln** erhalten. Die bezirklichen Grünflächenämter wollen wir insbesondere durch eine weitere Übernahme der Reinigungsarbeiten durch die BSR entlasten. Die SPD-Fraktion hat bereits im November 2018 beschlossen, die Reinigung aller Park- und Grünflächen sukzessive in BSR-Hand zu überführen. Dieser Beschluss war in der Koalition leider nicht mehrheitsfähig. Zudem wurden die Gelder für die Baumpflege von 50 Euro auf 82 Euro pro Baum erhöht. Diese Mittel sichern wir zukünftig und prüfen kritisch, wie sich der Baumbestand in den städtischen Grünflächen, Parks und Wäldern weiterentwickelt. Das Mischwaldprogramm und die Stadtbaumkampagne, die unter SPD-Führung im Jahr 2012 eingeführt wurden, werden wir in weiterführen.

BAUWESEN/RESSOURCENSCHONUNG

Wir wollen, dass neue Stadtquartiere künftig ihren Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität leisten. Dazu werden wir **ökologisch wirksame und sozial verträgliche Standards formulieren, die praxistauglich und verpflichtend sind und zu Berlin passen**: ein erhöhter Effizienzhausstandard für Gebäude, mehr

Solarenergie und mehr Gebäudebegrünung auf Dächern und Fassaden, Einsatz von klimaverträglichen Baumaterialien, wie Holz, ein dezentrales Regenwassermanagement, Gemeinschaftsgärten und klimafreundliche Mobilität. Bei der Planung neuer Stadtquartiere achten wir darauf, neben Wohnungen auch soziale Infrastrukturen und Einkaufsmöglichkeiten anzubieten, um eine Grundversorgung vor Ort ohne lange Wege zu ermöglichen. Wir wollen den **verkehrsarmen „Kiez der kurzen Wege“**.

GESUNDHEIT

Berliner SPD stellen wir in unserem Wahlprogramm klar: Wir werden **alle Politikfelder konsequent auf mehr Klimafreundlichkeit und Nachhaltigkeit ausrichten** – das gilt auch für unsere Gesundheitspolitik. Das gilt nicht nur für die Krankenhäuser, sondern insgesamt für Produktion und den Lieferketten im Gesundheitswesen und der Gesundheitswirtschaft. Zudem stellen wir in unserem Wahlprogramm klar: **Auch Klimaschutz ist Gesundheitsschutz**. Wir brauchen daher einen Klimaaktionsplan, der unser Gesundheits- und Pflegesystem besser auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereitet, insbesondere auf die Hitzeperioden.

NACHVERDICHTUNG

Um den Bedarf an Wohnraum auch in Innenstadtlagen zu realisieren ist neben dem Neubau von Wohngebäuden eine Nachverdichtung der bestehenden Bebauung insbesondere über den Ausbau von Dachgeschossen, den Überbau von bisher lediglich eingeschossig bebauten Gewerbeflächen und die Aufstockung bestehender Wohngebäude bis zur zulässigen Traufhöhe zu realisieren. In städtebaulich ausgewiesenen festgelegten Gebieten ist die Traufhöhe auch zu erhöhen und der Bau von Wohnhochhäusern voranzutreiben. Gleichwohl darf auch Rahmen einer vollständigen Ausnutzung der bestehenden Potenziale zur Nachverdichtung die Wohnqualität nicht unzumutbar beeinträchtigt werden. Sowohl im Bauplanungs- als auch im Baugenehmigungsverfahren ist darauf zu achten, dass durch Neubau keine beengte Hinterhofsituation entsteht, die mit unzumutbaren Einbußen von Lichteinfall sowie von Bepflanzungs-, Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten einhergeht. Um den Trägern von Bauvorhaben konkrete Vorgaben und Auflagen zur Entsiegelung oder Bepflanzung zu machen, ist verstärkt auf das naturschutzrechtliche Instrument des Landschaftsprogramms bzw. -planes sowie des sog. Biotopflächenfaktors (BFF) zurückzugreifen. Dies ermöglicht es den Bauaufsichtsbehörden, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprechende Auflagen (wie z.B. Entsiegelung, Bepflanzung, Fassaden- und Dachbegrünung) gegenüber dem Vorhabenträger festzusetzen. Im Rahmen der Bauaufsicht ist regelmäßig zu kontrollieren, ob die bau- oder landschaftsplanerischen Vorgaben zur Begrünung privater Flächen auch tatsächlich eingehalten, d.h. Grünanlagen in der vorgeschriebenen Qualität geschaffen und auch dauerhaft gepflegt werden

BÜRGERINNENBETEILIGUNG

Damit Klimaschutz gelingen kann, braucht er **Akzeptanz**. Wir wollen diesen Weg mit den Berliner:innen zusammen gehen. Deshalb werden wir neben den ausgewiesenen Expert:innen im **Klimaschutzrat** auch Bürger:innen zu Wort kommen lassen. Bildung für nachhaltige Entwicklung wollen wir stärken und im lebenslangen Lernen verankern.

BAURECHT/FLÄCHENPLANUNG

Die Freiflächen, Grünanlagen und Wälder sind nicht nur Erholungs- und Freizeittorte, sondern auch „lebenserhaltende Organe“ des urbanen Ökosystems: Als Wasserspeicher, natürliche Klimaanlage, Sauerstoffspender, CO₂-Speicher oder Luftfilter etc. Die Berliner SPD ist sich bewusst, dass mit zunehmendem Druck zur Nachverdichtung die Konkurrenz um diese Flächen wächst. Uns ist wichtig,

dass diese Entwicklung nicht einseitig zulasten der Grünflächen der Stadt geschehen darf. Gerade die Corona-Krise hat uns verdeutlicht, welchen Stellenwert die öffentlichen grünen Infrastrukturen, wie Parks, Grünflächen und der öffentliche Raum für eine Stadtgesellschaft haben. Deshalb brauchen wir einen **Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklungspolitik** hin zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadt: Wir wollen Berlin noch grüner und lebenswerter werden, gerade in den verdichteten Quartieren. Dabei sind für uns mehrere Eckpunkte zu verzahnen:

- Die **gesamtstädtische Flächennutzungsplanung** muss konzeptionell neu aufgestellt werden: Gerade in den hochverdichteten Quartieren darf die weitere Inanspruchnahme von Flächen durch Versiegelung und Bebauung nur ermöglicht werden, wenn sie zu einer nachhaltigen Stadtinfrastruktur beiträgt, z.B. durch Grün- und Freiflächen, Gebäudebegrünung, Solardächer, dezentrales Regenwassermanagement, Einsatz von regenerativen Energien oder ein multimodales Mobilitätskonzept.
- **Nachhaltige Stadtplanung soll verbindlich und „aus einem Guss“ erfolgen.** Dazu muss eine raumbezogene verbindliche Verknüpfung der Planungswerke hergestellt werden, wie mit dem Landschaftsprogramm, Stadtentwicklungsplänen (StEP) Klima, Wohnen, Zentren und Mobilität und Verkehr mit dem Ziel sog. Vorranggebiete für nachhaltige Quartiere festzusetzen. Dieses hat in Mitwirkung und Abstimmung mit den Bezirken zu geschehen, z.B. bei der Erstellung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (ISEKs) oder auch Bereichsentwicklungsplänen (BEPs). Dazu ist gerade auf der Bezirksebene eine entsprechende Personalausstattung sicherzustellen.
- Die **Berliner Bauordnung** muss grundsätzlich überarbeitet werden mit dem Ziel, verbindlich mehr Grün in den Siedlungsstrukturen zu sichern und zu schaffen. So ist z.B. der sog. **Biotopflächenfaktor als geeignetes und anerkanntes Planungsinstrument gerichtsfest** zu machen. Die zulässige Bebauung inkl. sämtlicher Baustelleneinrichtungen ist so auszurichten, dass erhaltenswerte Bäume gesichert werden. Eine solche Überarbeitung muss jedoch mit der Schaffung entsprechender Personalstellen einhergehen, so dass die Reform nicht zu Verzögerungen bei Genehmigungsprozessen führt. Dies wollen wir in der nächsten Legislatur zügig erreichen.
- Die **Bauleitplanung** muss, gerade auch für Neubauquartiere einen angemessenen Anteil an Grün- und Freiflächennutzung verbindlich festsetzen. Dazu sind bürger:innennahe Konzepte zu entwickeln und von den Investoren zu realisieren, wie z.B. Naturerfahrungsräume, Mietergärten, Gemeinschaftsgärten.
- Das **Berliner Öko-Konto** im Rahmen der naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wollen wir umsetzen und erweitern. Dieses werden wir in Abstimmung und Einklang mit der Gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption schaffen.
- **Kleingärten und gemeinschaftliches Gärtnern** werden wir mit einem **Kleingartenflächensicherungsgesetz** dauerhaft sichern. Mit diesem Gesetz erhöhen wir auch die Ansprüche an die ökologische Bewirtschaftung der Kleingartenflächen.

SOZIAL GERECHTE STADTENTWICKLUNG

Viele Berliner:innen haben Angst, ihr Zuhause zu verlieren und aus ihrem Kiez verdrängt zu werden. Es ist daher unser Fürsorgeauftrag als Berliner SPD, ein bezahlbares und ausreichendes Wohnungsangebot für alle zu schaffen und zu bewahren. Deshalb ist eines der 5 B's für Berlin mit denen wir in den Wahlkampf ziehen „Bauen“. Gemeinsam mit genossenschaftlichem und privatwirtschaftlichem Wohnungsbau wollen wir **bis 2030 insgesamt 200.000 neue Wohnungen** in

Berlin schaffen. Zudem werden die Wohnungsunternehmen Bestandswohnungen ankaufen. Mindestens 400.000 Wohnungen sollen schon im Jahr 2026 in öffentlicher Hand sein. Unser Ziel sind 500.000 landeseigene Wohnungen in den 2030er-Jahren. Darüber hinaus haben wir 2014 die **Wohnungsbauförderung** wieder eingeführt und seitdem ständig erhöht, ab 2021 werden 5.000 Wohnungen jährlich gefördert. Wir wollen die Förderung weiter verbessern. Zugleich fordern wir den Bundesgesetzgeber auf, eine zeitlich **unbegrenzte Bindung von Sozialwohnungen** zu ermöglichen. Wohnungen, deren Bau öffentlich gefördert wurde, müssen als sozialer Wohnraum erhalten bleiben. Bis zu einer Reform der Sozialbindung durch die Bundesebene wollen wir analog zu den Plänen der Bundes-SPD ein **Landesprogramm für eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen**, um durch die Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht und verbesserte Förderbedingungen Kapital für einkommensabhängige Mieten und dauerhafte Sozialbindung bei nachhaltiger Reinvestition zu mobilisieren.

Bei allen Bemühungen um zügige Wohnraumbeschaffung wird die Berliner SPD die Wohnraumerhaltung nicht aus den Augen verlieren. Wir werden dafür sorgen, dass die bereits hier lebenden Berliner:innen nicht aus ihren Mietwohnungen verdrängt werden und sind weiterhin entschlossen, alle Instrumente eines wirksamen **Mieter:innenschutz** zu prüfen. So haben wir uns in der Koalition erfolgreich dafür eingesetzt, die Mieten in den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften für die nächsten Jahren zu begrenzen. Wir setzen uns zudem für die **Ausweisung weiterer Milieuschutzgebiete** in Berlin ein. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein, Mieter:innen mit bestehenden Mietverträgen dauerhaft vor Eigenbedarfskündigungen durch die Erwerber:innen zu schützen. Den verschärften Umwandelungsschutz, den die SPD im Bund erkämpft hat, werden wir in Berlin konsequent umsetzen. Das gilt auch für sehr aufwändige Modernisierungen. Bei Immobilienverkäufen schließen die Bezirke mit den Käufern Vereinbarungen zum Mieterschutz ab. Bisher wurden über 150 dieser Vereinbarungen geschlossen, zudem etwa 75 Grundstücke angekauft. Die SPD will diese Politik noch effizienter fortsetzen und sich auf Bundesebene für ein **grundsätzliches Umwandlungsverbot von Miets- in Eigentumswohnung** in angespannten Lagen einsetzen. Weiterhin kämpft die SPD im Bund für ein zeitlich befristetes **Mietenmoratorium**: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Mietwucher werden wir wirksam unterbinden. Wir werden außerdem die Mietpreisbremse entfristen und Schlupflöcher schließen.

Bei der Versorgung mit Wohnraum haben wir insbesondere auch die Menschen im Blick, die es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Wir werden daher das von der SPD im Jahr 2014 aufgelegte **Neubauprogramm für Studierende und Auszubildende** beschleunigen und so jungen Menschen mit geringen Einkommen helfen. Dem Bedarf an **barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen für Senior:innen und Menschen mit Behinderungen** werden wir ausreichend nachkommen. Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass alle Berliner:innen **gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zum Wohnungsmarkt** bekommen.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

i.A. Lina Najmi